

sp³/III/41

Hannover, 6. April 1948

Gegen die Arbeiter Von Fritz Hensler, Dortmund

Autoritäres Regierungssystem bedeutet auch den Tod einer freien selbständigen Gewerkschaftsbewegung. Diese Tatsache nicht zu beachten, würde in der Folge verhängnisvolle Auswirkungen haben.

Was sich zur Zeit in und um den Weltgewerkschaftsbund abspielt, ist Bekräftigung dieser Feststellung. Noch ist es nicht zu spät, die Konsequenzen zu ziehen. Dem Weltgewerkschaftsbund fehlt die innere Einheit und Echtheit.

Die russischen Gewerkschaften, der größte Block innerhalb des Weltgewerkschaftsbundes, haben längst aufgehört, eine sozialwirtschaftliche Interessenvertretung für die russische Arbeiterschaft zu sein. Sie wurden zu einem Instrument der diktatorischen Staatsführung gegen die Arbeiter und unterscheiden sich kaum noch von der nazistischen Arbeitsfront. Die Gewerkschaften im Ostblock gehen dem gleichen Schicksal entgegen. Je mehr "Volksdemokratie", desto mehr verlieren die Gewerkschaften ihre Selbständigkeit und werden zum Organ gegen die Mitglieder. Die Führung ist nicht mehr den Mitgliedern verantwortlich, sondern ihnen vorgesetzt.

Wo die Kommunisten in der Minderheit sind, um die Macht kämpfen, sind sie schnell mit dem Streik bei der Hand. Da werden dicke Forderungen aufgestellt, ob es sich um den Lohn, die Arbeitszeit, die Produktionskontrolle oder das Mitbestimmungsrecht handelt. Wenn sie an der Macht sind, wird unter diese Forderung ein dicker Schlussstrich gesetzt. Dann ist es aus mit der Parole "Akkord ist Mord"! Dann ist Stachanow an der Reihe und der Leistungslohn. Mitbestimmungsrecht? Unsinn, die Verantwortung hat die von oben eingesetzte Betriebsführung. Gewerkschaften und Betriebsfunktionäre haben nur darauf zu achten und entsprechend anzutreiben, daß das dem Betrieb gesetzte Soll erreicht wird.

In Polen z.B. haben die Gewerkschaften "freiwillig" auf das Streikrecht verzichtet. Begründung: In Polen ist die Großindustrie nationalisiert und daher öffentliches Eigentum, das nicht geschädigt werden darf. Ferner würde eine Erhöhung der Nominallöhne durch Streik die vorhandene Inflationsgefahr verstärken. Diese Argumente sind zweifellos zu einem großen Teil richtig, aber, in nichtkommunistischen Ländern werden sie einfach beiseite geschoben. Bezeichnend dafür ist die letzte große französische Streikbewegung.

Aber warum in die Ferne schweifen....! Welchen Weg gehen die Gewerkschaften in der Ostzone? Im Eiltempo zur "Volksdemokratie". Das ist eine Frage, die größte Beachtung verdient - zumal die Kommunisten aus den gleichen Motiven, aus denen sie die Gründung des Weltgewerkschaftsbundes betrieben, auch den vierzonalen gewerkschaftlichen Zusammenschluß forcieren. Es liegen dabei auch die gleichen Probleme vor, wie bei der Frage der Reichseinheit. Wir wollen sie, und wir brauchen sie! Aber weil wir sie ehrlich wollen, und weil wir sie dringend gebrauchen in Unabhängigkeit und Selbständigkeit, müssen wir die kommunistischen Rezepte dazu ablehnen und darauf bestehen, daß die Zusammenschlüsse erfolgen müssen auf der Grundlage gleicher demokratischer Rechte und Freiheiten in allen Zonen. Das muß gefordert werden. Wer die Ostzone nicht abschreiben will, muß auf Erfüllung dieser Forderungen dringen.

Ein Vorfall auf der kürzlichen Dresdner Gewerkschaftskonferenz hat die Situation in der Frage des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses grell beleuchtet. Als Grundlage für die Zusammenarbeit war von den Gewerkschaftlern aus der Westzone die bekannte Prinzipienklärung vorgelegt worden, die einen demokratischen gewerkschaftlichen Aufbau, Freiheit und Rechtssicherheit für die Gewerkschaften fordert. Die Vertreter der Ostzone erklärten, daß diese Prinzipienklärung für sie nicht diskutierbar sei. Sie haben damit bewiesen, daß sie nicht im Vertrauen der Masse ihrer Mitglieder stehen.

An der Dresdner Tagung nahm vom Weltgewerkschaftsbund der Sekretär Saillant teil, der noch auf dem 26. Kongreß der französischen Gewerkschaften die wirtschaftliche und politische Loslösung der Ruhr von Deutschland gefordert hatte. Er betonte damals, wenn die deutschen Gewerkschaften sich diesen Forderungen verschlossen, müßten sie die Verantwortung für den geistigen Bruch übernehmen, der dann eintrete. Saillant ist Kommunist und die französischen Kommunisten führen die Spitze in der chauvinistischen Verhetzung. Die Verantwortung für den von ihm aufgezeichneten Bruch müssen die deutschen Gewerkschaften absolut von sich weisen. Die Verantwortung bleibt dem, der den deutschen Gewerkschaften zumutet, nicht nur selbstmörderisch gegen ihr Volk zu handeln, sondern damit auch eine Handlung zu begehen, die fortwährend Haß und Rachedgedanken neu erzeugen müßte.

Wir wollen echten Frieden und aufrichtige Verständigung, insbesondere auch mit Frankreich. Gerade deshalb stehen wir gegen den kommunistischen Chauvinisten Saillant, der mit seiner Auffassung sicher nicht der rechte Mann am Steuer des Weltgewerkschaftsbundes ist, wenn dieser Bund nicht kommunistischen Auftrags wäre; sondern eine Weltverpflichtung für Frieden, Freiheit und Recht hätte.

Antikommunistische Maßnahmen in Holland

v.S. Amsterdam, Anfang April 1948

Mit der Ankündigung einer geplanten Verstärkung des holländischen Sicherheitsapparates hat der holländische Justizminister Mr. J.H. van Maarsheveen das Zeichen zu einer allgemeinen Überprüfung der Verteidigungsmöglichkeiten gegen einen eventuellen kommunistischen Staatsstreich gegeben. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben erneut die Bedeutung des Polizeiapparates unterstrichen. Man hat eingesehen, daß Holland in erster Linie über einen zuverlässigen Sicherheitsapparat verfügen muß, um etwaigen Überraschungen begegnen zu können. Außer der Polizei sollen auf Grund des Regierungsplanes auch die Landstreitkräfte durch freiwillige Formationen, eine sogenannte "nationale Reserve", verstärkt werden, während die vorgesehene Bildung eines ebenfalls freiwilligen "Reserve-Grenzschatzes" eine Verstärkung der Gendarmerie- und Landjäger-Abteilungen bedeutet.

Unter der Bevölkerung herrscht vielfach sogar die Neigung, noch weiter zu gehen und auch mehr oder minder private Abwehrorganisationen, u.a. den ehemaligen "freiwilligen Landsturm", wieder ins Leben zu rufen. Ferner wird ein Verbot der Kommunistischen Partei Hollands von verschiedenen Seiten gefordert. Diesen Wünschen will jedoch die Regierung nicht entsprechen, da sie heute keinen Anlaß zu derartig weitgehenden Vorsichtsmaßnahmen sieht.

Die Ankündigung des Justizministers war zugleich das Signal zum Vorgehen gegen die in Holland an führender Stelle stehenden Kommunisten. Deres Entfernung aus Gemeinde- und Provinzialverwaltungen jetzt auf der Tagesordnung steht. Als sich die holländischen Kommunisten nach dem Futsch in der Tschechoslowakei mit ihren tschechischen Parteigenossen solidarisch erklärten und nach deren Vorbild sogenannte "Aktionskomitees" ins Leben riefen, die in der Tschechoslowakei zur Verfolgung und Unterdrückung demokratischer Elemente eingesetzt waren, schien der Augenblick des Handelns gekommen. In den Gemeinderäten von Amsterdam, Rotterdam und mehreren anderen holländischen Städten wurden von sämtlichen antikommunistischen Parteien Anträge eingebracht, die kommunistischen Stadträte auszuschließen, da eine Zusammenarbeit mit ihnen, die sich in den Dienst ausländischer Interessen gestellt hatten, mit der nationalen Überzeugung des holländischen Beamten nicht vereinbar sei. Die kommunistische Partei, so wird betont, entwickelte sich zu einer fünften Kolonne, so daß man befürchten müßte, sie könnte auch hier zu gegebener Zeit ihre Machtstellung mißbrauchen.

Auf diese Anträge hat die Kommunistische Partei mit Massenprotestversammlungen und Aufrufen zu Proteststreiks reagiert, denen allerdings nur in vereinzelten Fällen Folge geleistet wird. Im ganzen Lande entfalten die Kommunisten zur Zeit eine fiebrige Aktivität und beschuldigen die Regierung der Anwendung antidemokratischer und ungesetzlicher Methoden. Die kommunistischen Stadträte und Abgeordneten erklären, sie würden vor keinem Mißtrauensvotum von ihren Plätzen weichen, auf die sie durch freie demokratische Wahlen berufen seien. In einigen Gemeinde-

ratssitzungen kam es bereits zu stürmischen Auftritten, und es ist anzunehmen, daß der Konflikt, der täglich an Heftigkeit zunimmt und auch in der Presse zu scharfen Auseinandersetzungen führt, nicht ohne weiteres in befriedigender Weise gelöst werden kann, vor allem, da es keine gesetzliche Handhabe zur Entfernung der Kommunisten von ihren Posten zu geben scheint.

Der überwiegende Teil der holländischen Bevölkerung läßt sich durch jedoch nicht aus der Ruhe bringen, zumal auf Schritt und Tritt festgestellt werden kann, daß die Kommunisten an Popularität inzwischen nicht gewonnen haben. Im Gegenteil, sie sehen sich mehr und mehr in eine isolierte Stellung gedrängt, die ihnen bei den kommenden Wahlen kaum zu nennenswerten Erfolgen verhelfen dürfte. (b/A81/53/2/hs)

Der bayerische Föderalismus

H. P. Die Gespräche des sogenannten "Ellwanger Freundeskreises", jener extremen Föderalisten innerhalb der CDU/CSU, über einen Verfassungsvorschlag auf föderativer Grundlage, sind kürzlich in der Bayerischen Staatskanzlei in München abgeschlossen worden. Es sind Richtlinien für eine künftige deutsche Verfassung ausgearbeitet worden, die nurmehr an den Ausschuss für Verfassungsfragen der CDU/CSU weitergeleitet werden sollen. Über diese Richtlinien ist inoffiziell bekannt geworden, dass der geplante Bundesstaat durch Vereinbarung der Länder und nicht durch eine Nationalversammlung gebildet werden soll, die aus allgemeinen Wahlen hervorgeht. Die Länder sollen nur die Rechte an den Bund abtreten, die unbedingt notwendig sind.

Es ist bezeichnend, dass sich in diesen Fragen die Ansichten der "Bayernpartei" mit dem Flügel der CSU, der von Dr. Hundhammer, dem Kultusminister, und Dr. Pfeiffer, dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, geführt wird, weitgehend decken, während eine ziemliche Kluft innerhalb der CSU selbst besteht, und gerade dieses Problem die Spannungen gegenüber der von dem Landesvorsitzenden, Dr. Josef Müller, vertretenen Deutschland-Politik ausserordentlich verschärft hat. Jene Kräfte nähern sich damit mehr dem 1922 verkündeten Programm der "Bayerischen Volkspartei".

Dr. Baumgartner, ehemaliger bayerischer Landwirtschaftsminister, jetziger "Führer" der "Bayernpartei", ist der Ansicht, ein deutscher Nationalstaat habe sich als falscher Weg erwiesen; er hält auch nichts von einer aus Wahlen hervorgegangenen Nationalversammlung. Vielmehr müsse der deutsche Bund von selbständigen Staaten frei geschlossen werden. Bayern könne im Notfalle auch selbständig existieren, und die Länder würden selbständige Handelsverträge mit dem Ausland abschließen können. Der Bund müsse sich auf die Erledigung der gemeinsamen Wirtschaftsangelegenheiten beschränken. Baumgartner gibt an, dass innerhalb der CSU führende Kreise, wie Dr. Hundhammer, Dr. Pfeiffer, Dr. Schäffer und auch der bayerische Ministerpräsident, Dr. Ehard, seinen Standpunkt teilen, ihn aber bisher gegenüber Dr. Müller nicht durchsetzen konnten.

Dr. Hundhammer steht Baumgartner am nächsten. Man kann aber bei ihm nie unterscheiden, ob er selbständiger Akteur ist, oder ob die kirchlichen Kreise, deren besonderer Sympathie er sich erfreut, ihn nur als Figur benützen. Hundhammer geht nicht so weit, von einem selbständigen bayerischen Außenhandel zu reden. Seiner Ansicht nach ist eine staatenbündische Struktur Deutschlands die Voraussetzung für die Aufnahme in einen föderativ gegliederten Europa. Ob die deutschen Länder Einzelmitglieder in dieser europäischen Föderation sein sollen oder nicht, ist für Hundhammer unwesentlich.

Hundhammer erfreut sich zweifellos eines besonderen Vortrauens französischer Kreise. Dr. Pfeiffer, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, "Intimus des Ministerpräsidenten" Dr. Ehard, ist die "graue Eminenz" in der Regierung Ehard. Durch seine Hände laufen viele unsichtbare Fäden, die er mit einer verbindlichen Art zu knüpfen versteht. Er vertritt die gleichen Ansichten wie Hundhammer, ist aber in seinen Äußerungen wesentlich vorsichtiger. Zweifellos ist er einer der führenden Köpfe des "Ellwanger-Freundeskreises".

Ministerpräsident Dr. Ehard ist innerhalb der CSU die "persona grata", untadelig in seiner persönlichen Haltung ist er bislang immer das Bindeglied zwischen den sich streitenden Gruppen gewesen und man ist offensichtlich von allen Seiten bemüht, Ehard aus grundsätzlichen und taktischen Auseinandersetzungen herauszuhalten. Auch er ist Föderalist, ob er jedoch in allen Fragen den Staatenbündlern zuzurechnen ist, kann nicht ohne weiteres festgelegt werden.

Dr. Josef Müller, der Landesvorsitzende der CSU und wohl die umstrittenste Persönlichkeit in Bayern, ist der eigentliche Gegner dieser Kreise. Auch er will eine föderative Gliederung, jedoch mit weitgehenden Befugnissen an die Reichszentrale. Ihm zufolge müsse die künftige deutsche Verfassung durch einen Kongress geschaffen werden, der zur Hälfte aus direkt gewählten Mitgliedern, zur Hälfte aus Landtagsdelegierten der einzelnen Landtage gewählt werden müsse, und zwar proportional zu den in den Länderparlamenten vertretenen politischen Parteien. Innerhalb der CSU gewinnt Müller in dieser Frage immer mehr an Anhang, lediglich die alt- und oberbayerischen Kreise neigen zu der Anschauung Hundhammer-Pfeiffer. Es ist wohl auch nicht mehr damit zu rechnen, dass Hundhammer und Pfeiffer noch an eine Spaltung der CSU denken, wie sie durch den Wiedereintritt von Dr. Fritz Schäffer in die CSU und seine Forderungen, die sich ausnahmslos gegen die von Dr. Müller vertretene Politik richteten, akut geworden war. (b/397/24/1/ae)

Französische Bevölkerungsprobleme

A.F. Infolge der starken Überalterung der Bevölkerung in den letzten 50 Jahren und der augenblicklich stark ansteigenden Geburtenzahl - Frankreich hat 1947 sogar Italien übertroffen - wird Frankreich in den nächsten 15 Jahren eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Greisen und Kindern zu erhalten haben. Augenblicklich kommen auf 10 arbeitsfähige Personen bereits drei Greise und drei Kinder, und dieses Verhältnis wird in den nächsten Jahren noch auf 10:4:4 steigen, bis etwa 1965 ein gewisser Ausgleich erreicht werden kann. Das bedeutet, dass fast jeder arbeitsfähige Franzose ein Kind oder einen Greis miternähren muss.

Gaullistische Gewerkschaftsgruppen in Frankreich

A.F.-Paris Die gaullistische Sammelbewegung (R.P.F.) legt grossen Wert darauf, auch in Arbeiterkreisen Fuss zu fassen. Sie hat zu diesem Zwecke sog. "Berufsgruppen" organisiert, die die Rolle von Arbeitnehnergewerkschaften spielen sollen. Es ist bezeichnend, dass der Name "Gewerkschaft" sorglich vermieden wurde. Man darf annehmen, dass diese Berufsgruppen auch Handwerker und kleinere Unternehmer zu ihren Mitgliedern zählen, da es das Ideal des Generals ist - nach bekanntem Muster - eine enge Zusammenarbeit zwischen Arbeiter und Unternehmer innerhalb jedes einzelnen Betriebes herzustellen.

Die Berufsgruppen de Gaulles zählen augenblicklich 145.000 Mitglieder, sie sind also, gemessen an der Gesamtstärke der französ. Gewerkschaftsbewegung von 7 bis 8 Mill. Mitgliedern, recht unbedeutend. In den Renault-Werken mit einer Belegschaft von 35.000 Arbeitern sollen 1.000 Arbeitnehmer (einschliessl. der Angestellten) der neuen Bewegung beigetreten sein, d.h. weniger als 3%. (b/53/1/he)

Manöver um Buchenwald

sp. Am 9. und 10. April soll in Buchenwald ein grosses Treffen der VVN in ganz Deutschland veranstaltet werden, bei dem offenbar vor allem demonstriert werden soll, dass in Buchenwald kein KZ mehr bestehe. Bis vor kurzem hat man dort aber einwandfrei ungefähr 22.000 Innessen gezählt. Seit Anfang Februar finden nun laufend Abtransporte der Häftlinge statt, und zwar jedesmal etwa 700 bis 800. Sie werden im Viehwagen nach Frankfurt/Oder gebracht, wobei ihnen gesagt wird, sie kämen dort zur Entlassung bzw. vor einen Entnazifizierungsausschuss. Viele Anzeichen weisen aber klar darauf hin, dass diese Häftlinge von dort nach Russland weitergebracht werden. (m/Bl/74/1/he)

Besuch aus Kanada

sp. Das Mitglied der Labour Party in Kanada, Mackenzie, wird am 11. und 12. April das Büro des Parteivorstandes der SED in Hannover besuchen. Mackenzie ist als einer der ersten Sozialisten für die Aufnahme der deutschen Sozialdemokraten in die Internationale sozialistische Arbeitsgemeinschaft eingetreten. Er gehört der jüngeren Generation an und gilt als ein besonders aufgeschlossener und aktiver Politiker. (m/Bl/74/1/he)

Stimmenfang in der Ostzone

sp. Aus verschiedenen voneinander unabhängigen Quellen liegt eine Meldung vor, wonach beabsichtigt sei, in der Ostzone demnächst zu erklären, die Brot- und Kartoffelrationierung würdensich der nächsten Ernte aufgehoben werden. Dabei handelt es sich ganz offensichtlich um einen politischen Köder und einen Schwinzel, um für die Möglichkeit kommender Wahlen in der Bevölkerung Stimmung zu machen. (m/Bl/74/1/he)

Verantwortlich: Peter Baunau